

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 88 846 pbbn d

Inhalt

Hans-Ulrich Klose MdB und Michael Müller MdB zur Entscheidung des Obersten Sowjets zur Rolle der Genossenschaften; Ein Beschluß von strategischer Bedeutung.
Seite 1

Dr. Till Bastian zu den Bonner „Modernisierungsplänen“; Neue „Nachrüstung“ verhindern!
Seite 3

Dr. Dietrich Sperling MdB zur Bonner Entscheidung, das Fernwärmeausbauprogramm auslaufen zu lassen: Guter Rat wird nicht gehört.
Seite 4

Dokumentation:

Der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Heinz Westphal, hielt am Grabe von Otto Weis auf dem Friedhof von Chateauf-Malabry im Rahmen der Feierlichkeiten zum 125-jährigen Bestehen der SPD eine Rede, die wir im Wortlaut dokumentieren.
Seite 5

43. Jahrgang / 102

31. Mai 1988

Ein Beschluß von strategischer Bedeutung

Zur Entscheidung des Obersten Sowjets zur Rolle der Genossenschaften

Von Hans-Ulrich Klose MdB
Mitglied des SPD-Präsidiums und

Michael Müller MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Genossenschaftswesen beim SPD-Parteivorstand

Der Beschluß des Obersten Sowjets der UdSSR, den Genossenschaften größere Rechte in Wirtschaft und Gesellschaft einzuräumen, hat eine beträchtliche Bedeutung für den Fortgang des Reformprozesses.

Mit dem neuen Unternehmensgesetz, das seit Januar 1988 gilt, und dem Gesetz zur Reform der Genossenschaften hat die sowjetische Führung zwei wichtige Fundamente für eine Neubestimmung der Gesellschaftsordnung gelegt. Zusammen mit der geplanten Preisreform sind hierdurch bedeutende Schritte in Richtung auf eine grundlegende Neuordnung von Markt und Plan von zentraler Lenkung und dezentraler Selbständigkeit gemacht.

Die Neubelebung der Genossenschaftsidee und die Erweiterung ihrer Rechte haben eine strategische Bedeutung zur Durchsetzung einer sich selbsttragenden Reformpolitik, die Perestrojka und Glasnost unumkehrbar machen. Es verwundert deshalb nicht, daß eine derartige Reform auf den Widerstand der „Traditionalisten“ stößt und am Ende noch Kompromisse erforderlich wurden.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vertriebspartner
mit verschiedenen Anlaufstellen
Rechnungspartner



Dies ist dennoch positiv zu werten, denn ohne Diskussionsprozesse und Kontroversen erscheinen viele Veränderungen aufgesetzt und ohne tatsächliche Fundierung.

Auch die KPdSU ist entgegen ihrem immer wieder erzeugten Eindruck kein monolithischer Block.

Kein Wunder, daß die Genossenschaften für Gorbatschow einen hohen Stellenwert haben: Sie markieren die Art „Doppelstrategie“, um die es ihm bei seiner Reformpolitik geht. Zum einen die Modernisierung von Wirtschaft, Planung und Technik und zum anderen zugleich die Demokratisierung der Gesellschaft.

Dem entspricht seine Neubewertung des „Hauptfaktors Mensch“ im Sinne der Entfaltung schöpferischer und kreativer Potentiale sowie der Förderung von Verantwortungsbewußtsein und aktivem Mitwirken für die Erneuerung der Gesellschaft. Individualität und Solidarität werden organisatorisch und kulturell in der genossenschaftlichen Idee verknüpft.

Ein weiterer bedeutender Aspekt der Reform liegt in der neuen Bestimmung des „sozialistischen Eigentums“, das zwar juristisch in Staatshand verbleibt, aber aktiv von den Arbeitenden als „Wahrer des Eigentums“ eingesetzt werden soll. Die Parteiführung spricht ausdrücklich von den Staatsorganen als den Verwaltern des gesellschaftlichen Eigentums und von den Arbeitnehmern als den Verfügern über die Produktionsmittel.

Die SPD hat auf dem letzten Bundesparteitag in Nürnberg ebenfalls die Neubelebung der Genossenschaftsidee als Ansatz für Reformen herausgestellt. Genossenschaften sind eine Chance, demokratische Organisationsformen mit ökonomischer Produktivität, sozialer Verantwortung und ökologischer Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft zu verbinden. Die SPD wird sich deshalb auch um eine Reform des Genossenschaftswesens in der Bundesrepublik bemühen.

(-/31.5.1988/vo-ha/rs)

* * *

Neue „Nachrüstung“ verhindern!

Zu den Bonner „Modernisierungsplänen“

Von Dr. Till Bastian

Mitglied der Arbeitsgruppe Friedenpolitische Aktivitäten beim SPD-Parteivorstand
Mitglied der Internationalen Ärzte-Vereinigung für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW)

Auch wenn der neue Verteidigungsminister Scholz nach seiner Rückkehr von den Beratungen der NATO versichert hat, eine Entscheidung über die „Modernisierung“ der Kurzstreckenraketen sei noch nicht gefallen, so ist in den letzten Wochen eines doch immer deutlicher geworden: Das INF-Abkommen, dessen Ratifizierung jetzt endlich erfolgt ist, wird von vielen Politikern als Sprungbrett verstanden, um unterhalb der von diesem Vertrag gezogenen Grenzen eine neue Aufrüstungsrunde einzuläuten.

Was die Lance-Raketen betrifft, so ist zunächst festzuhalten, daß die immer wieder zitierte Zahl 88 die Startvorrichtungen betrifft, nicht die Raketen selber. Richtig ist, daß diese Raketen bis 1995 schrottreif werden, richtig ist auch, daß seitens des Warschauer Paktes eine Überlegenheit in diesem Bereich besteht. Doch die Reise führender SPD-Politiker nach Moskau hat zweifelsfrei bestätigt, daß eine dritte Null-Lösung durchaus im Bereich der Möglichkeiten liegt.

Es sind vor allem die USA, die hier bremsen: Schon im Januar 1988 hatte General Galvin eine Boden-Boden-Rakete, „deren Reichweite bis 450 Kilometer geht“ verlangt („Süddeutsche Zeitung“, 18. Januar 1988); am 26. April 1988 ist ein derartiges Nachfolgemodell bereits getestet worden. Es geht also nicht um „Modernisierung“, sondern um ein völlig neues Waffensystem, das mit der Überlegenheit „des Ostens“ propagandistisch begründet werden soll - eine neue „Nachrüstung“ nach altem Schema.

Zugleich fordern sowohl der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Dregger wie auch der britische Verteidigungsminister die Ausrüstung des Tornado-Flugzeuges mit Luft-Boden-Raketen von 480 Kilometern Reichweite. Hier würden - darauf haben Katrin Fuchs und Gernot Eler von der SPD-Fraktion hingewiesen - die nach dem INF-Vertrag abzuschaffenden Cruise Missiles nahtlos durch ein neues Waffensystem ersetzt. Bei den atomaren Artilleriegranaten ist die „Modernisierung“ derzeit bereits in vollem Gange.

Auch wenn es um die Friedensbewegung derzeit eher ruhig geworden ist - die SPD sollte die Brisanz der angeschnittenen Fragen und ihre Bedeutung für die öffentliche Diskussion erkennen und entsprechend handeln. Gerade im 125. Jahr ihres Bestehens hat die SPD allen Anlaß, sich ihrer friedenspolitischen Tradition zu versichern und aktiv und engagiert in den Meinungsbildungsprozeß einzugreifen. Denn wie die Fakten deutlich werden lassen, ist die Bundesregierung von ihrem Ziel „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ so weit entfernt wie eh und je. Ihr Hauptziel besteht alleine darin, eine neue friedenspolitische Debatte vor den Bundestagswahlen 1990 zu verhindern.

(-/31.5.1988/vo-he/rs)

* * *

Guter Rat wird nicht gehört

Zur Bonner Entscheidung, das Fernwärmeausbauprogramm auslaufen zu lassen

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Es gibt eine Reihe guter umwelt-, energie- und beschäftigungspolitischer Gründe für den Ausbau der Fernwärmeversorgung, insbesondere auf der Grundlage der kombinierten Erzeugung von Kraft und Wärme.

In einer Zeit, wo ausgelöst durch die niedrigen Ölpreise das allgemeine Bewußtsein für die energie- und umweltpolitische Notwendigkeit des Energiesparens nachläßt, folgt die Bundesregierung diesem Trend anstatt gegenzusteuern und baut Anreize, Energie und Umweltbelastung zu senken, ab. Dies bekommt die Fernwärme besonders deutlich zu spüren: Das Fernwärmeausbauprogramm von Bund und Ländern soll auslaufen, die verbleibende Fördermöglichkeit nach dem Investitionszulagengesetz fällt im Rahmen der Steuerreform ebenso weg wie die steuerliche Absetzungsmöglichkeit des Fernwärmeanschlusses privater Haushalte.

Die Bundesregierung tut das Gegenteil dessen, was Ihr Sachverständigenrat in seinem Umweltgutachten 1987 (Bundestagsdrucksache 11/1588) empfiehlt.

Der Rat stellt fest:

„Ein wesentliches Verminderungspotential für Emissionen sieht der Rat, wie bereits 1981, in der Kraft-Wärme-Koppelung, die über ein hohes Energiepotential verfügt und einen Beitrag zur umweltschonenden Substitution von Energieträgern leisten kann. So werden durch die Versorgung mit Nah- und gegebenenfalls Fernwärme Zentralheizungen und Öfen ersetzt, die insbesondere in Verdichtungsgebieten erheblich zur Luftbelastung beitragen.“

Er fordert, „daß alle Chancen für eine verstärkte Nutzung dieser Art der Wärmeversorgung ergriffen werden. Es muß zu den vorrangigen Aufgaben einer an Ressourcenschonung orientierten Energiepolitik gehören, die Marktchancen für kommunale Heizkraftwerke zu verbessern, da diese, weil sie auch den Wärmemarkt bedienen, wirtschaftlich effizienter arbeiten“.

Die Sachverständigen kennen jedoch auch ihren Auftraggeber und schätzen ihn ein:

„Der Rat ist im Hinblick auf die Zukunftsaussichten der Kraft-Wärme-Koppelung allerdings skeptisch, weil er nicht sieht, daß die Politik den Ausbau von Fern- und Nahwärmenetzen in dem Maße unterstützt, das nötig wäre, um diese sparsame Form der Energiegewinnung verstärkt durchzusetzen.“

Dies ist, wie es sich für Sachverständige gehört, zurückhaltend formuliert, aber dennoch eine deutliche Ohrfeige für die Bundesregierung.

(-/31.5.1988/vs-he/rs)

* * *

DOKUMENTATION
=====

Heinz Westphal: Otto Wels, ein unerschrockener Kämpfer

Der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Heinz Westphal, hielt am Grabe von Otto Wels auf dem Friedhof von Chatenay-Malabry im Rahmen der Feierlichkeiten zum 125-jährigen Bestehen der SPD eine Rede, die wir im Wortlaut dokumentieren.

Otto Wels, an dessen Grab wir hier stehen, war einer der großen, pragmatischen Führer der deutschen Sozialdemokratie in schwieriger Zeit. Er zählte nicht zu den großen Theoretikern des demokratischen Sozialismus, und es war auch nicht sein Ehrgeiz, auf dem Felde der Theorie hervorzutreten. Mit wachem politischem Verstand, der neue Situationen schnell erfaßte und durchschaute, war Otto Wels der kluge Organisator und der unerschrockene Kämpfer an der Spitze der Partei. Willy Brandt hat in seiner Rede zum 100. Geburtstag von Otto Wels gesagt: „Sozialdemokratische Politik ist Kärnerarbeit, ist die Bereitschaft, unverdrossen immer wieder anzufangen und weiterzumachen.“ Dieser Satz charakterisiert den Menschen Otto Wels, den wir heute aus Anlaß des 125-jährigen Bestehens der SPD als einen ihrer Vorsitzenden ehren.

Otto Wels war der sozialdemokratische Parteivorsitzende vor und während der nationalsozialistischen Machtübernahme. Seine Rede am 22. März 1933 im Plenum des Reichstages, dessen Tagungsstätte von den braun und schwarz informierten Schergen Hitlers umstellt war, begründete die Glaubwürdigkeit des Widerstands der Sozialdemokraten gegen die Tyrannei der Nazis: „Freiheit und Leben können Sie uns nehmen, die Ehre nicht!“ Mit diesen Worten lebt Otto Wels in der Geschichte nicht nur der Sozialdemokratie, sondern des deutschen Volkes fort. Er kapitulierte nicht.

1890, als das Sozialistengesetz des wilhelminischen Deutschland endlich fiel, war Otto Wels, Sohn eines Berliner Gastwirts in einem Arbeiterviertel, ein 17-jähriger Tapezierer-Lehrling. Noch während seiner Gesellenzeit wurde er Mitbegründer und später erster Vorsitzender der Tapezierer-Gewerkschaft. Und als sozialdemokratischer Funktionär in der Provinz Brandenburg tat er sich bald durch seine Energie und seinen Weitblick hervor.

Schon 1912 zog er als Abgeordneter in den Reichstag ein und wurde, auf Betreiben seines Lehrmeisters August Bebel, Mitglied des Parteivorstandes. In den Wirren des Winters 1918/1919 war Otto Wels der von den Arbeiter- und Soldatenräten gewählte Stadtkommandant von Berlin. Unter Einsatz seines Lebens bewegte er die revoltierenden Truppen zur Unterstützung der jungen Republik.

1919, als sein Freund Friedrich Ebert erster Reichspräsident wurde, übernahm Wels - zusammen mit Hermann Müller - den Vorsitz der SPD, den er auch 1922, nach dem Zusammenschluß der SPD mit der USPD, zusammen mit Arthur Crispin behielt.

1920, auch das ist charakteristisch für diesen unermüdlichen Kämpfer für Freiheit und Demokratie, rief Otto Wels nach dem sogenannten Kapp-Putsch der reaktionären und rechtsradikalen Kräfte, zum Generalstreik auf und führte damit das Scheitern dieses Angriffs auf die junge Demokratie herbei. Als unerbittlich erwies sich dieser mutige Mann, der ansonsten eher zum Aus-

gleich neigte, immer dann, wenn es galt, die reaktionären und nationalistischen Feinde der Republik zu bekämpfen.

Noch aus seiner Jugend unter dem Sozialistengesetz wußte er, daß Emigration zum Schicksal derer werden kann, die offen gegen Unterdrückung aufbegehren. Otto Wels folgte dem Beschluß des Vorstandes der SPD und ging zusammen mit anderen führenden Sozialdemokraten Anfang Mai 1933 ins Exil nach Prag. Die tschechoslowakischen Behörden praktizierten damals eine großzügige Asylpolitik.

Gesundheitlich schwer angegriffen, kam er über Polen und Dänemark 1938 dann hierher nach Frankreich. In Chatenay-Malabry, dessen damaliger Bürgermeister Jean Longuet war, ein Enkel von Karl Marx, fanden er und viele andere deutsche Sozialdemokraten ein neues Zuhause, eine neue Möglichkeit, den Kampf gegen Hitlers Diktatur weiterzuführen.

Am 1. September 1939, am Tage des Kriegsausbruchs, richtete Otto Wels zusammen mit Hans Vogel von Paris aus den „Aufruf an das deutsche Volk“. Dieser Aufruf war der Aufruf zum Kampf gegen Hitler und sein verbrecherisches Regime. Und er war zugleich ein Dokument des Patriotismus: „Wir führen diesen Kampf für das deutsche Volk und für das große Ziel der Sicherung der Freiheit, des Friedens und der Demokratie in Europa.“

Nur wenige Wochen später, am 16. September 1939 - er war gerade 66 Jahre alt geworden - ist Otto Wels hier gestorben. An seinem Grab standen und sprachen französische und deutsche Sozialisten, trotz Krieg.

Wenn wir 1988, aus Anlaß des 125-jährigen Bestehens der SPD, der großen Sozialdemokraten der Vergangenheit gedenken, dann gehört in der langen Reihe der Vorsitzenden nicht nur August Bebel, Ferdinand Lassalle, Friedrich Ebert, Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer zu den großen Persönlichkeiten, die den langen, mühsamen und erfolgreichen Weg unserer Partei im Kampf für Demokratie und Sozialismus symbolisieren, sondern auch Otto Wels, der in schwierigster Zeit an der Spitze stand.

Seine unbeugsame Tapferkeit und seine Rede vor dem Reichstag im März 1933 sind es, die daran erinnern, daß die SPD als einzige der zu dieser Zeit im Reichstag noch vertretenen Parteien - die KPD war bereits verboten - dem braunen Terror trotzte. Die Haltung, für die Otto Wels stand und für die wir Sozialdemokraten stehen, kommt in einer Rede zum Ausdruck, die er noch im April 1933, auf einer geheimen Reichs-Konferenz der SPD hielt. Er sagte damals: „Wir Sozialdemokraten stehen zu den Ideen des Rechtsstaates, zu der staatsbürgerlichen Freiheit und Gleichberechtigung, zu den Ideen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit. (...) Echter Sozialismus ist Verwirklichung des Humanitätsideals, ist nicht denkbar ohne geistige Freiheit, und eine Partei, die aufhören würde, für das gleiche Recht aller Staatsbürger ohne Unterschied der Konfession und der Rasse zu kämpfen, würde den Namen Sozialdemokratische Partei Deutschland nicht mehr tragen dürfen.“

Wir danken es auch Otto Wels, daß unsere Partei diesen Namen stolz in die Zukunft tragen darf.

(-/31.5.1988/vo-he/rs)